Landkreis Lüchow-Dannenberg Der Landrat

61 - Kreisentwicklung, Regionalund Verkehrsplanung

Sitzungsvorlage

Nr. 2014/826

Beschlussvorlage

Gestaltung und finanzielle Sicherung des ÖPNV im Landkreis Lüchow-Dannenberg ab 2016 einschließlich des Antrages der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der Anfrage von KTA Sauter

Ausschuss für ÖPNV, Verkehr und Straßen	16.09.2014	TOP	
Kreisausschuss	23.09.2014	TOP	
Kreistag	29.09.2014	TOP	

Beschlussvorschlag:

Der weitere Planungs- und Entscheidungsprozess zur Gestaltung und Finanzierung des ÖPNV ab 2016 soll nach den im Sachverhalt dargestellten Eckpunkten durchgeführt werden. Dabei werden der Antrag von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und die Anfrage von KTA Sauter mitbehandelt.

Sachverhalt:

Auf Grund offener Fragen hat der KA am 30.07.2014 keine Entscheidung über das zukünftige Niveau des ÖPNV ab 2016 getroffen. Die bisherige Diskussion hat gezeigt, dass auf Grund der Komplexität und Reichweite der anstehenden Entscheidungen ein enger Dialog zwischen Politik und Verwaltung unverzichtbar ist. Deshalb sollen die erforderlichen Entscheidungen durch einen gemeinsamen Arbeitskreis von Politik, Fahrgastrat und Verwaltung vorbereitet werden. Um effektiv arbeiten zu können, sollte er einen begrenzten Teilnehmerkreis haben.

Die verbleibende Zeit bis zur beabsichtigten Veröffentlichung der EU-Vorabbekanntmachung Anfang September 2014 würde aber keinen ausführlichen politischen Diskurs zur zukünftigen Gestaltung des ÖPNV unter Berücksichtigung der notwendigen Sparmaßnahmen ermöglichen. Deshalb ist vorgesehen, die Vorabbekanntmachung um den für den gemeinsamen Abstimmungsprozess erforderlichen Zeitraum zu verschieben. Inwieweit dies auch eine Verschiebung der vorgesehenen Vergabe nach sich zieht, ist im Rahmen dieses Prozesses festzulegen.

Eckpunkte für den weiteren Arbeitsprozess:

- A) Um alle Einsparmöglichkeiten im Bereich des ÖPNV und in der Schülerbeförderung ausschöpfen zu können, ist vom Arbeitskreis die Überplanung des Verkehrsangebotes insbesondere unter Berücksichtigung folgender Vorgaben zu veranlassen:
 - 1. Begrenzung der Kosten für den ÖPNV auf das heutige Niveau,
 - 2. Überprüfung der Wirtschaftlichkeit des Leistungsangebotes im Linien- und freigestellten Verkehr, wobei die Aspekte der lokalen Agenda (§ 4 der Hauptsatzung des Landkreises), nämlich die Daseinsvorsorge und die ökologischen Belange zu berücksichtigen sind.
 - 3. Nutzung aller planerischen und betrieblichen Synergieeffekte,
 - 4. Bei kreisübergreifenden Verkehren Abstimmung mit den Nachbarlandkreisen bzw. Berücksichtigung der dort vorgenommenen Fahrplananpassungen.
- B) Überarbeitung der von den Arbeitsergebnissen betroffenen Teilen des Entwurfs des Nahverkehrsplanes entsprechend des im Abstimmungsprozess ermittelten Verkehrsangebotes und Wiederholung des Beteiligungsverfahrens.
- C) Vorabbekanntmachung für die Vergabe der Verkehre nach erfolgtem Abstimmungsprozess und politischem Beschluss über das zukünftige Leistungsangebot.

Im Zuge des Abstimmungsprozesses zum künftigen Verkehrsangebot ist angedacht, diese Problematik auch im Fachausschuss für Schule, Bildung und Kultur zu thematisieren.

Anlagen:

- 1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 02.09.2014
- 2. Anfrage von KTA Sauter vom 31.08.2014

<u>Finanzielle Auswirkungen:</u>
Durch die Beschlussvorlage sollen die Rahmenbedingungen für die Sicherung der zukünftigen Finanzierung des ÖPNV festgelegt werden.